



LAND BRANDENBURG

Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg | Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam

Landtag Brandenburg
Frau Heide Schinowsky, MdL
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Alter Markt 1
14467 Potsdam

**Ministerium der Justiz
und für Europa
und Verbraucherschutz**
- Der Minister -

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Telefon: (0331) 8 66 - 30 01
Telefax: (0331) 8 66 - 30 60
Internet: www.mdjev.brandenburg.de

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben):
1025 - E III.096/18 (II.5)

Potsdam, 19. 09. 2018

**Ihre Mündliche Anfrage vom 14. September 2018 „Untersuchung Todesfälle
im DDR-Durchgangsheim Bad Freienwalde“**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

zu den erwähnten Todesfällen von Kindern und Jugendlichen im ehemaligen Durchgangsheim Bad Freienwalde sind der Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg und der Leitende Oberstaatsanwalt in Frankfurt (Oder) gebeten worden, den mitgeteilten Sachverhalt einer Prüfung auf mögliche, heute noch verfolgbare Straftaten zu unterziehen.

Der Leitende Oberstaatsanwalt in Frankfurt (Oder) hat mitgeteilt, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) ein Todesermittlungsverfahren gegen unbekannt betreffend Todesfälle im „DDR-Durchgangsheim“ in Bad Freienwalde eingeleitet habe. In dem Verfahren soll unter Zugrundelegung der mitgeteilten Daten möglichen Tötungsdelikten nachgegangen werden.

Rechtliche Grundlage der Ermittlungen ist der Tatbestand des Mordes, der als einzige Straftat noch verfolgbar wäre, da dieser zum Zeitpunkt des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 nach den Bestimmungen des DDR-Strafrechts noch nicht verjährt war. Die Akten befinden sich zur Durchführung erster Ermittlungen bei der Mordkommission der Polizeidirektion Ost. Die Ermittlungen laufen also derzeit.

Die Landesregierung hat aber Verständnis dafür, dass unabhängig von dem Ausgang dieser staatsanwaltlichen Ermittlungen ein großes Interesse an näheren Informationen zum Schicksal der Kinder und Jugendlichen besteht. Hierzu wird die Landesregierung das Gespräch mit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Frau Nooke, suchen, um gemeinsam zu überlegen, auf welche Weise möglichst zeitnah dem Informationsinteresse der Angehörigen und des Vereins „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ Genüge getan werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Ludwig